

Einflussnahmen auf die Friedensbewegung – ein Diskussionspapier

Eine Analyse der Broschüre „Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung“, die durch DFG-VK, VVN-BdA und Attac Deutschland herausgegeben wurde.

Von den DFG-VK-Mitgliedern Silke Dumno, Jan Menning und Jörg Rode

Gliederung:

1. Einleitung
2. Schubladendenken kann eine differenzierte Analyse nicht ersetzen
3. Der Vorwurf „Antiamerikanismus“ soll Kritik an hegemonialer US-Strategie ersticken
4. Überdehnung des Begriffs Nationalismus nimmt ihm die Schärfe
5. Der Begriff „Verschwörungsideologie“ bleibt diffus
6. Verurteilungen wegen Kontaktschuld
7. Resümee: Leider kontraproduktiv für die Friedensbewegung

Einleitung

Wir haben als DFG-VK-Mitglieder die im September 2024 von VVN-BdA, attac Deutschland und DFG-VK herausgegebene und von der Bertha-von-Suttner-Stiftung geförderte Broschüre „Versuche rechter und verschwörungsideologischer Einflussnahme auf die Friedensbewegung“ von Lucius Teidelbaum sorgfältig gelesen und möchten dazu einiges anmerken.

In Zeiten einer nie für möglich gehaltenen Aufrüstung in Deutschland, Europa und der ganzen Welt, in der die „Doomsday Clock“ atomarer Vernichtung wenige Sekunden vor zwölf zeigt und sich mehr und mehr die Feindbilder und Konfliktlinien eines drohenden Dritten Weltkrieges herauskristallisieren, kommt es mehr denn je auf eine starke und geeinte Friedensbewegung an. Eine undifferenzierte und pauschale Abgrenzung untereinander wäre höchst kontraproduktiv. Es gilt, im Einzelfall mit Augenmaß abzuwägen.

Anders als der Titel vermuten lässt, deckt die Broschüre kaum „Versuche der Einflussnahme“ aus dem rechten politischen Spektrum auf. Sie teilt stattdessen die Friedensbewegung in vier Gruppen A bis D ein und konstruiert dann mit Hilfsbegriffen wie „Antiamerikanismus“ und „Verschwörungsideologien“ eine Kontaktschuld weiter Teile der Friedensbewegung. Für den Umgang mit problematischen Haltungen, Positionen und Meinungen kennt der Text nur Ab- und Ausgrenzung statt Klärungsprozesse und politische Auseinandersetzung. Die möglichen Folgen solchen Vorgehens werden nicht thematisiert: Die Friedensbewegung würde sich atomisieren in kleine rechthaberische Grüppchen.

Um diesem fatalen Szenario entgegenzuwirken, gehen wir im Folgenden näher auf die Broschüre ein. Außerdem zeigen wir die Methoden ihres Autors auf. Jeweils zu Beginn eines Kapitels werden wir die

wichtigsten Punkte kurz zusammenfassen und dann im weiteren Verlauf die entsprechenden Textstellen anführen. Wir arbeiten nur mit wörtlichen Zitaten aus der Broschüre.

Schubladendenken kann eine differenzierte Analyse nicht ersetzen

Die Broschüre teilt die Friedensbewegung in vier Gruppen ein. Diese vier Schubladen entsprechen nicht der Mannigfaltigkeit der Friedensbewegung. Strömungen wie etwa Pazifisten oder Antimilitaristen werden nicht ein einziges Mal erwähnt. Der Autor betrachtet nur eine einzige seiner vier Gruppen als legitim. Der selbstgesetzte Anspruch, eine Einflussnahme extrem rechter Akteure wie AfD oder NPD aufzudecken und zu verhindern, wird mit der gewählten Methode nicht erreicht.

Die vorgebrachten Thesen bauen auf Definitionen von vier Gruppen A, B, C und D (Seite 5) auf, die angeblich die heutige Friedensbewegung ausmachen. Als erste Gruppe wird „Gruppe A: die extreme Rechte“ definiert. Eine Auseinandersetzung mit diesen Rechten gehört natürlich in eine solche Betrachtung – doch AfD, NPD, Compact & Co. sind nicht Teil der Friedensbewegung. Sie versuchen, sich als Friedensbewegung darzustellen und von außen auf die Friedensbewegung Einfluss zu nehmen, was im Titel der Broschüre ja auch aufscheint. Doch der Autor konstruiert eine (rechtsradikale) Abteilung der Friedensbewegung, die es so nicht gibt. Damit steht er recht allein in der Welt. Niemand in der Friedensbewegung tut dies bisher und selbst die Medien und unsere politischen Gegner kommen nicht auf eine solche Idee. Zu klären (und zurückzuweisen) wäre allerdings: Wo und wie nimmt die extreme Rechte die Friedensfrage in demagogischer Weise auf? Doch eine solche Analyse fehlt in der Broschüre.

Dazu kommt, dass das Papier merkwürdigerweise Rassismus als entscheidendes und gefährlichstes Element des aktuellen europäischen Rechtsextremismus von AfD bis Le Pen und Meloni ausblendet. Auch differenziert es nicht zwischen AfD-Funktionären, rechten AfD-Ideologen, gefestigten und gelegentlichen AfD-Wählern. Das wäre aber für die Entwicklung breitenwirksamer Strategien gegen Rassismus und Rechtsnationalismus entscheidend – und auch für Mobilisierungsstrategien der Friedensbewegung.

Anschließend werden ohne jede Rücksicht auf die in Wirklichkeit viel differenzierteren Strömungen und Teilnehmer der Friedensbewegung eine „rechte und verschwörungsideologische Friedensbewegung“ (Gruppe B), eine „rechts-offene traditionelle Friedensbewegung“ (Gruppe C) und eine „antifaschistisch orientierte traditionelle Friedensbewegung“ (Gruppe D) definiert. Mit den vier Gruppen A bis D seien die „Akteurs-Gruppen bzw. Positionen“ (S. 5) der „derzeitigen Friedensdemonstrationen“ hinreichend „identifiziert“. Mit diesem Schubladendenken wird das Papier der Mannigfaltigkeit der Friedensbewegung in keiner Weise gerecht. Viele für die Friedensbewegung sehr wichtige Strömungen werden nicht einmal erwähnt: Antimilitaristen (bzw. der Begriff Antimilitarismus), Pazifisten (bzw. die Begriffe Pazifismus und Soziale Verteidigung), anarchistische Strömungen wie Graswurzelrevolution, Christen, Bürger die „nur“ Angst vor einer Ausrottung der Menschheit durch Atomkrieg haben, Kritiker des Aufbaus eines „kriegstüchtigen“ Staats mit entsprechender Umverteilung der Staatsausgaben und viele mehr.

Negativ ist auch, dass in diesen Schubladen kein Platz für sich neu bildende Strömungen und Gruppen der Friedensbewegungen vorgesehen ist – also etwa Jugendliche, bei denen die Beschreibung „traditionell“ allein aus Altersgründen nicht passt. Neben den beiden Schubladen für die

„traditionelle Friedensbewegung“ gibt es in der Welt der Broschüre nur die negative Kategorie der „rechte(n) und verschwörungsideologische(n) Friedensbewegung“.

In der Gruppe B „rechte und verschwörungsideologische Friedensbewegung“ werden Teilnehmer der Montagsmahnwachen 2014/2015 (die nur für kurze Zeit existierten), eine nicht weiter beschriebene „neue Friedensbewegung“ und die „Pandemie-Leugner*innen“ summiert (S. 5). Dies lässt außer Acht, dass ein breites Spektrum von Menschen aus sehr unterschiedlichen Gründen die staatlichen Corona-Maßnahmen 2020–2022 kritisiert. Der Autor packt Gegner von Schulschließungen und Kritiker der Einschränkung von Grundrechten in die gleiche Schublade B wie die wenigen Bürger, die die Existenz einer hochinfektiösen Krankheit Covid-19 bestritten.

Die Gruppe C ist ebenfalls unklar und willkürlich konstruiert. Es sei ein „Teil der traditionellen Friedensbewegung“, der sich „rechts-offen (gebe), vor allem für die Gruppe B“. Gruppe C ist also ausdrücklich nicht „offen“ für AfD- und NPD-Kader, sondern nur für die vorher konstruierte „verschwörungsideologische Friedensbewegung“, die ihrerseits angeblich offen für echte Rechtsextreme ist. Auffallend ist, dass Teidelbaum sich und seiner Fraktion (Gruppe D) als einziger die positiven Eigenschaften „antifaschistisch“, „kritisch gegenüber Nationalismus“ und „international orientiert“ (S. 5) zubilligt und sie allen anderen Akteuren der Friedensbewegung abspricht, egal wie antifaschistisch oder internationalistisch sie sind. Die extremen Abgrenzungsforderungen des Autors laufen auf eine Trennung der imaginierten „guten“ Gruppe D von den konstruierten Gruppen B und C und damit auf eine Spaltung und Lähmung der Friedensbewegung hinaus.

Der Vorwurf „Antiamerikanismus“ soll Kritik an hegemonialer US-Strategie ersticken

Ein Zentralbegriff der Broschüre ist „Antiamerikanismus“. Die im Text verstreuten Aussagen zu diesem Thema zeigen, dass damit Kritik an US-amerikanischen Angriffskriegen sowie an der Anti-Russland- und der Anti-China-Strategie von USA und NATO abgewürgt werden soll. Geostrategische Fragen werden grundsätzlich außer Acht gelassen. Wie eine Bewegung in einem NATO-Land Friedensbewegung sein kann, ohne die NATO für ihre Kriege und Kriegsvorbereitungen zu kritisieren, bleibt das Geheimnis des Autors.

Ein immer wiederkehrendes Motiv in diesem Text ist der Vorwurf des „Antiamerikanismus“. De facto beschreibt er Kritik an US-amerikanischen Angriffskriegen sowie an der langjährigen Anti-Russland- und der neuen Anti-China-Strategie der NATO bzw. USA als „antiamerikanisch“. Er verpackt das allerdings ganz anders: In einer Art Definition (S. 19) erklärt der Autor zunächst, er meine mit Antiamerikanismus „nicht die Kritik an der Innen- oder – oftmals sehr militärischen – Außenpolitik der USA ..., sondern ein Ressentiment, welches jegliche US-Politik und -Kultur grundsätzlich ablehnt und verteufelt, lediglich, weil sie aus den USA stammen.“ Doch keinem der Angeklagten wird versucht, an irgendeiner Stelle nachzuweisen, dass er oder sie z. B. Blue Jeans, Musik von Bruce Springsteen und Kendrick Lamar, Filme von Francis Ford Coppola und Oliver Stone oder den Politiker Bernie Sanders „grundsätzlich ablehnt“ – weil das offenkundig scheitern würde. Was hier mit „Antiamerikanismus“ wirklich gemeint ist, findet sich verteilt auf den 23 Seiten, vor allem bezogen auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine, der gleichzeitig ein Krieg zwischen der USA (samt NATO) und Russland ist.

So kritisiert der Autor Friedensbewegte, die bezogen auf den Ukrainekrieg „eine Äquidistanz zu den Akteuren“ (S. 19) anlegen, was er mit „gleich großer Schuldanteil“ übersetzt. Obwohl er seinen

Gegnern ein „manichäisches Weltbild“ (S. 19) unterstellt, also Schwarz-Weiß-Denken, argumentiert er selber schwarz-weiß: Russland böse, USA und NATO gut. Antimilitaristen müssen in der heutigen Weltlage aber in der Lage sein, alle Kriege, Kriegsvorbereitungen, Massenmorde und Torpedierungen von Friedensverhandlungen zu verdammen, egal ob sie von Russland oder den USA ausgehen. Das ist nur mit Distanz zu allen Kriegstreibern möglich, also Äquidistanz.

Der Autor dagegen ergreift eindeutig Partei. Dies zeigt sich an Formulierungen, die an verschiedenen Stellen im Text verstreut sind. Es ist von einer „Hauptschuld Russlands“ (S. 20) die Rede, die von „Verschwörungserzählungen“ minimiert oder geleugnet werde. Kritik an den Angriffskriegen der USA (etwa gegen Irak, Afghanistan, Serbien, Libyen oder Grenada), an der Ost-Erweiterung der NATO oder an der weltweiten Hegemonial-Strategie der USA findet sich auf den 23 Seiten nirgends – eine „auffallende Leerstelle“.

Stattdessen ist die durch die Broschüre verbreitete Weltsicht, dass die NATO lediglich „die Ukraine in ihrem Verteidigungs-Kampf unterstützt“ (S. 7). Doch welche Interessen verfolgt sie dabei?

Die Kritik der Broschüre an der NATO ist darauf begrenzt, dass ein „autoritäres Regime wie die Türkei“ (S. 24) NATO-Mitglied sein darf. (Den Krieg der türkischen Armee gegen die Kurden erwähnt der Text nicht.) Es heißt, die NATO „ist zuallererst ein Militärbündnis, dem sowohl demokratische als auch autoritäre Staaten angehören.“ (S. 24). Was ist es noch?

Der Text erklärt, dass „der Westen bzw. dessen militärisches Bündnis, die NATO, die Ukraine in ihrem Verteidigungs-Kampf unterstützt“ (S. 7). Ist das alles?

Von der Ost-Erweiterung der NATO und der Ankündigung einer Aufnahme der Ukraine in die NATO bereits beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 steht kein Wort in dem Text. Die westlichen Sanktionen gegen Russland könnten „nicht als 'Kriegspolitik' bezeichnet werden“ (S. 20). Was sind sie denn sonst, wenn nicht Teil des inoffiziellen Krieges?

Eine Friedensbewegung, die diesen Namen verdient, muss alle Kriege anprangern – sowohl den russischen Überfall auf die Ukraine wie die Hegemonial-Strategie der USA samt ihrer militärischen Umsetzung.

In Kapitel „10.3. Begriffsumdeutung“ nimmt der Autor nicht nur die NATO in Schutz, sondern auch die Partei „Die Grünen“. Es sei eine Begriffsumdeutung, wenn „die Grünen als militaristisch kritisiert und deswegen als ‚rechts‘ markiert“ werden, was nur mit „gewagten Assoziationsketten“ möglich sei (S. 24). Der Meinung kann man sein – aber ist eine andere Meinung unzulässig?

Überdehnung des Begriffs Nationalismus nimmt ihm die Schärfe

Die Broschüre kritisiert zu Recht Nationalismus. Gleichzeitig aber erweitert sie den Begriff in einer Art und Weise, die ihm die Schärfe nimmt und vom tatsächlich bedrohlichen Nationalismus à la Trump, Le Pen, Meloni und AfD eher ablenkt. So werden etwa Diskussionen über den Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Deutschland und den Energie-Sanktionen gegen Russland als „vielfach nationalistisch“ diskreditiert. In der hier verwendeten Form verschmilzt der Begriff des Nationalismus mit dem des Antiamerikanismus und richtet sich gegen jede Art der Kritik oder Infragestellung hegemonialer US-amerikanischer Interessen in Deutschland und Europa.

Ungewöhnlich konstruiert Teidelbaum den Begriff „Nationalismus“, der in der Version des deutschen Nationalismus in die Katastrophen des Ersten und Zweiten Weltkriegs geführt hat und häufig mit dem Gift des Rassismus vermischt ist. Der Autor erweitert den Begriff allerdings im ersten Satz seines

Kapitel „8.5. Nationalismus“ um eine „Europa-Kollektividentität“ als ebenso abzulehnende Einstellung: Er packt „Nationalismus“ und „Europa-Kollektividentität“ als Einheit zusammen, um diese beiden grundverschiedenen Einstellungen zwei Sätze weiter insgesamt „Nationalpazifismus“ zu taufen, wenn die Forderung nach einem Abzug von US-Soldaten aus Europa dazugehört. Dass Bürger, die sich als Europäer verstehen, eins der Feindbilder rechter deutscher Nationalisten sind, fällt ihm nicht auf (S. 20). Offenbar geht es hier nicht um Kritik an deutschem Nationalismus, sondern ebenfalls um die Abwehr der Forderung nach einem Abzug von US-Truppen und US-Militär-Infrastruktur, die die USA für ihre Kriege weltweit nutzen. Kann man nicht beides tun, den eigenen und den US-amerikanischen Militarismus bekämpfen?

An anderer Stelle werden Warnungen vor der aktuellen Wirtschaftskrise in Deutschland und anderen europäischen Ländern als „vielfach nationalistisch“ (S. 20) diffamiert, soweit sie Kritik an den westlichen Sanktionen gegen Russland beinhalten. Der Teil der Sanktionen, der Erdgas und Erdöl betrifft, hat unbestreitbar die Energiepreise in Deutschland in die Höhe getrieben. Das belastet sowohl die Verbraucher hierzulande wie auch Betriebe in Deutschland in ihrer Weltmarktkonkurrenz zu US-Firmen. Sorgen wegen steigender Armut und steigender Arbeitslosigkeit sind für Teidelbaum aber lediglich eine abzulehnende „Fokussierung auf nationale Belange“ (S. 20). Natürlich kann man diskutieren, ob die Sanktionen der NATO-Staaten gegen Russland den Ukraine-Krieg verkürzen. Aber dazu gehört auch eine Diskussion der „Nebenwirkungen“, ohne dass sie durch das Totschlagargument Nationalismus unterbunden wird.

Der inflationäre Gebrauch des Begriffs Nationalismus nimmt ihm die Schärfe, um die wirklich nationalistischen (und rassistischen) Positionen von Parteien des Typs AfD, FPÖ, Rassemblement National (Le Pen), Fratelli d'Italia (Meloni), Schwedendemokraten usw. zu analysieren. Dazu gehört sinnvollerweise auch eine Kritik derjenigen klassisch konservativen Parteien in Europa (inklusive der Meloni-Verharmloserin Von der Leyen), die den Rassisten durch direkte Regierungsbeteiligung oder Tolerierungsvereinbarungen überhaupt erst staatliche Macht geben.

Der Begriff „Verschwörungsideologie“ bleibt diffus

Der zweite zentrale Begriff des Textes ist „Verschwörungsideologie“ bzw. „verschwörungsideologische Akteure“. Dieser Begriff bleibt verwaschen. Er eignet sich eher zur Diffamierung als zur Klärung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte. Zu leicht kann er als Pauschalvorwurf genutzt werden und ist einer detaillierten Argumentation nicht förderlich. Insbesondere eignet er sich zur Diskreditierung von Kritikern staatlicher und überstaatlicher Machtstrukturen.

Neben „Antiamerikanismus“ ist der Begriff „Verschwörungsideologie“ eine zentrale Kategorie in der Argumentation der Broschüre. Beide Begriffe werden von den Medien, von staatlichen und staatsnahen Akteuren und von erklärten Gegnern der Friedensbewegung genutzt, um Kritiker zu diffamieren. So wie der Text die Begriffe „Verschwörungserzählungen“ und „Verschwörungsideologien“ definiert, lässt sich jede grundlegende Kapitalismuskritik, jede systematische Kritik an staatlichem Handeln und jede Kritik am US-Imperialismus als „Verschwörungsideologie“ abfertigen.

Der Autor beschreibt „Verschwörungserzählungen“ als „generell nicht beweisbare alternative Erzählungen zu den ... offiziellen Erzählungen“ (S. 3), also zu dem, was die staatlichen Stellen und großen Medien mehrheitlich schreiben. Nach dieser Definition wären die folgenden Thesen zum jeweils aktuellen Zeitpunkt Verschwörungstheorien gewesen: „Der Irak hatte zum Zeitpunkt der US-

Invasion 2003 keine Chemiewaffen“, „Es gab im Angriffskrieg der NATO gegen Serbien/Jugoslawien 1999 nie den vom damaligen Militärminister Rudolf Scharping behaupteten Hufeisenplan zur Vertreibung aller ethnischen Albaner aus dem Kosovo“ oder „Der sogenannte Tonking-Zwischenfall 1964 war von den USA inszeniert, um ihren Eintritt in den Vietnamkrieg zu rechtfertigen“. Heute sind es erwiesene Tatsachen. Auch Aussagen wie „Die Neonazi-Terrorgruppe NSU bestand aus mehr als drei Tätern“, „Investmentfirmen wie Blackrock und Vanguard Group üben indirekt und direkt erheblichen Einfluss auf die Politik der westlichen Staaten aus“ oder „Kapitalismus beruht auf der privaten Aneignung von Mehrwert“ wären nach dieser Argumentation Verschwörungserzählungen. Alle vier auf den Seiten 3 und 4 genannten „allgemeinen Erkennungszeichen von Verschwörungsideologie“ treffen auf diese sechs Beispiele sowie zahlreiche andere politische Analysen und Gesellschaftstheorien zu. De facto erspart der Pauschal-Vorwurf „Verschwörungstheorie“ dem jeweiligen Verwender, (möglicherweise sogar zutreffende) Argumente gegen eine These vorzubringen – er würgt für eine Demokratie ebenso wie für die Wissenschaft essentielle inhaltliche Diskussionen ab.

Wie weit der Text den Begriff „Verschwörungserzählung“ dehnt, wird bereits im kurzen Kapitel zur Definition des Begriffs (S. 3 f.) deutlich. Dort fallen schon Bürger darunter, die der Aussage „Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten dahinterstehender Mächte“ in einer Umfrage „teils/teils“ zustimmen. Eine Möglichkeit, diese „Mächte“ konkret zu benennen (etwa Arbeitgeberverbände, Lobbyisten, Großspender, Kapital ...) gab es aber in der genannten Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung 2021 nicht. Damit werden alle als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, die Politiker als nicht völlig unabhängig von Lobbygruppen oder Ideologien wie dem Neoliberalismus ansehen. Auf Seite 20 erklärt die Broschüre die ebenfalls in einer Erhebung abgefragte These, dass die NATO Russland vor dessen Angriff auf die Ukraine „lange provoziert“ habe, zu einer „Verschwörungserzählung“ (S. 20). Trotz der Unbestimmtheit des Begriffs verlangt das Papier in seinen abschließenden Handlungsempfehlungen von der Friedensbewegung eine „deutliche und nachhaltige Distanzierung von Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen“ (S. 25).

Verurteilung wegen Kontaktschuld

Statt Beweise für rassistische oder sonstige rechtsextreme Äußerungen und Aktivitäten zu liefern, arbeitet die Broschüre mit dem Vorwurf der Kontaktschuld. Selbst Akteure, denen die Broschüre ausdrücklich attestiert, dass sie nicht rassistisch oder nationalistisch sind, werden so in eine Kategorie mit Rechtsextremen gesteckt. Schon Demonstranten, die eine „Teilnahme“ von extrem rechten Menschen an Veranstaltungen „tolerieren“, erklärt der Text für „rechts-offen“ – selbst wenn diese Rechtsextremen überhaupt nicht zu erkennen sind. Verdächtig ist im Extremfall sogar, wer am gleichen Ort demonstriert, an dem zu einem anderen Zeitpunkt auch Rechtsextreme demonstriert haben.

Auf den 27 Seiten der Broschüre werden zahlreiche Friedensgruppen und Einzelpersonen als untauglich für eine Zusammenarbeit diskreditiert. Dabei wendet sich die Argumentation kaum gegen die eigentliche Gefahr, nämlich die bisher zum Glück fast immer gescheiterten Versuche von Rechtsextremen, Friedensaktionen zu kapern und/oder rassistische Propaganda in Friedensorganisationen zu verbreiten. Stattdessen richtet sich das Papier gegen alle, die sich nicht politisch kontraproduktiven Abgrenzungsforderungen unterwerfen wollen. Es steckt ein sehr breites politisches Spektrum ab und stellt eine Vielzahl von Akteuren anhand zurechtgebogener und teilweise gefälschter Indizien als nicht völlig frei von rechtsextremer Beeinflussung dar. Sie seien gewissermaßen durch Kontakte zu den falschen Leuten „kontaminiert“ und daher von Bündnissen

oder auch nur einer Demo-Teilnahme auszuschließen. Sogar eindeutige Linke wie Oskar Lafontaine (S. 16), die Organisationen „Freie Linke“ (S. 17) und „Freidenker-Verband“ (S. 18) sowie das Informations- und Diskussionsportal Nachdenkseiten.de (S. 19/20) werden in die Schublade der Rechtsoffenen und Verschwörungstheoretiker gepackt.

An vielen Stellen differenziert die Broschüre nicht zwischen „extrem rechts“ einerseits und „verschwörungsideologisch“ andererseits. Sie unterstellt stattdessen, beides wäre das Gleiche (vor allem S. 9 ff.). Angesichts der Unschärfe des Vorwurfs „Verschwörungserzählung“ wird so der Kreis der als „problematisch“ bezeichneten Kontakte vervielfacht.

Ein Paradebeispiel für diesen Typ der Diffamierung ist das Kapitel über die Kampagne „Stopp Airbase Ramstein“. Erst verkürzt das Papier in einer scheinbaren Sachdarstellung die Ziele der Kampagne auf „Schließung der US-Air Base in Ramstein“ und „das Ende von Waffenlieferungen an die Ukraine“. Dass die Kampagne ebenso wie die DFG-VK dabei zusätzlich sehr konkret ein Ende der „Verbrechen des Drohnenkriegs“ (von Ramstein aus steuern die USA Mord-Drohnen in Asien und Afrika) fordert und diese größte US-amerikanische Militärbasis außerhalb der USA als „logistische Drehscheibe für viele der blutigen US-Kriege“ anprangert, fällt unter den Tisch. Stattdessen ist einer der Belege für „verschwörungsideologische oder nationalistische“ Äußerungen bei Stopp-Ramstein-Veranstaltungen, dass Oskar Lafontaine in seiner Rede im Rahmen der Kampagne 2023 über die Partei „Die Grünen“ sagte: „In der Außenpolitik steht diese Partei rechts von der AfD“ (S. 16). Noch absurder wird die folgende Beweisführung gegen die Kampagne Stopp Airbase Ramstein: „Außerhalb der Kampagne kam es an dem Ort zu einer Demonstration, die von der klassischen extremen Rechten (Gruppe A) organisiert wurde. Diese waren für Außenstehende zum Teil nur schwer von den Demonstrationen der Initiative zu unterscheiden.“ (S. 16) Der Beweis für eine Kumpanei mit extremen Rechten ist also, dass diese am gleichen Ort (in einem anderen Monat) wie Stopp Airbase demonstrierten und dass „Außenstehende“ die Demos hätten verwechseln können.

Der Autor nutzt etliche Male eine Argumentationsweise, in der er Akteuren der Friedensbewegung (weil die Fakten überwältigend sind) zwar zugesteht, dass sie eindeutig nicht rassistisch und nicht antidemokratisch sind – sie aber trotzdem weiter vorne oder hinten diesem Spektrum zuordnet. Das gilt etwa für die Corona-Maßnahmen-Protestpartei „Die Basis“, der fast drei Seiten der Broschüre gewidmet sind. Versteckt in diesem langen Kapitel heißt es u. a.: „Im Gegensatz zu AfD und WerteUnion hat die Basis keine nationalistischen oder rassistischen Inhalte, die sie vertritt.“ (S. 11) Davor und dahinter zählt der Text allerdings über diese drei Seiten (S. 9 ff.) Belege für eine esoterische Ausrichtung der Basis, einzelne Äußerungen von Mitgliedern und Kontakte einzelner Mitglieder mit Rechtsparteien auf. Uns als Autoren dieses Papiers ist „Die Basis“ nicht besonders sympathisch – aber mehrheitlich esoterisch orientiert und Corona-Maßnahmen-kritisierend ist etwas anderes als rassistisch und anderweitig rechtsextrem.

Die Methode, Andersdenkende durch eine unlogische Mischung von Argumenten als Rechtsextreme erscheinen zu lassen, nutzt Teidelbaum auch in seiner Abrechnung mit dem Journalisten und Podcaster Ken Jebsen (Kayvan Soufi-Siavash). Einerseits erklärt er an einer relativ versteckten Stelle: „Tatsächlich äußerte sich Kayvan Soufi-Siavash in seinen Texten nicht rassistisch oder nationalistisch im Sinne der extremen Rechten.“ (S. 14). Trotzdem ist ihm das Kapitel über Ken Jebsen fast zwei Seiten wert. Manipulativ ist, dass die Broschüre Ken Jebsen, „Die Basis“ und den ebenfalls nicht rassistischen US-Imperialismus-Kritiker Daniele Ganser (S. 13) im langen 6. Kapitel als drei von vier „rechte(n) und verschwörungsideologische(n) Akteur*innen“ darstellt – zusammen mit dem eindeutig rassistischen, antidemokratischen und Höcke-AFD-nahen Magazin Compact und dessen

Chef Jürgen Elsässer als Beispiel Nummer vier (S. 11). So wird Rassismus-Verdacht durch räumliche Nähe statt durch Argumente erzeugt.

Sind anhand solcher Indizien erst einmal die Urteile gefällt, so können auch Kontakte zu allen diesen Gruppen bzw. Personen sowie gemeinsame Aktionen mit ihnen zum Ausschlusskriterium für Bündnisse werden. So erklärt es die Broschüre für vorbildlich, dass der Landesausschuss der VVN-BdA NRW beschlossen hat, „eine Zusammenarbeit mit dem `Friedensbündnis NRW` abzulehnen, u. a. weil in diesem die Querdenken-Partei `Die Basis` mitarbeitet“ (S. 25). Dem Friedensaktivisten Reiner Braun wirft die Broschüre vor, dass er Referent für „Die Basis“ war und mit Corona-Maßnahmen-Kritikern zusammenarbeiten will – da entlastet es Braun nicht, dass er auch nach Eingeständnis der Broschüre „eine klare Positionierung gegen rechtsradikales und faschistisches Gedankengut“ (S. 23) verlangt. Selbst diese klare Abgrenzung wird als „ungenügend“ bezeichnet (ebenda).

Schon Friedensdemonstranten, die eine „Teilnahme“ von extrem rechten Personen an Veranstaltungen „tolerieren“ (S. 3) oder „akzeptieren“, erklärt der Text für „rechts-offen“. Diese Anklage greife auch, wenn auf einer Demo „keine extremen Rechten“ zu sehen sind (S. 24) – es könnten ja doch welche dabei sein, selbst wenn weder bekannte Rechte noch rechtsextreme Slogans oder Organisationslogos wahrnehmbar sind. In diesem Stil einer Hexenjagd argumentiert der Autor auch auf Seite 17: Die Tatsache, dass Veranstalter einer Friedensdemo in München Fahnen der rechtsradikalen Organisationen AfD und Compact untersagten, interpretiert er nicht als Zeichen für Antifaschismus, sondern im Gegenteil nur als Indiz dafür, dass die Veranstalter „offenbar ... Wissen um die Teilnahme von Personen aus dem Spektrum der Gruppe A“ gehabt hätten. An anderer Stelle wirft Teidelbaum linken Politikern von Wolfgang Gehrcke bis Andrej Hunko vor, dass sie „Berührungspunkte zu dem Teil der Friedensbewegung auf(weisen), der keine Abgrenzung zu Rechten und Verschwörungsideolog*innen praktiziert“ (S. 17). Der Vorwurf lautet also nicht Zusammenarbeit mit extremen Rechten, sondern über drei Ecken „Berührungspunkte“ mit Leuten, die wiederum „keine Abgrenzung“ im hier gewünschten Sinne praktizieren – eben Kontaktschuld.

Resümee: Leider kontraproduktiv für die Friedensbewegung

Unsere Analyse des Textes zeigt, dass die Broschüre, nähme man sie ernst, auf eine Spaltung der Friedensbewegung hinauslief und notwendige Analysen von Kriegsursachen unterbleiben würden. Zugleich würden Gefahren gesucht, wo keine sind, und Chancen übersehen, die es sehr wohl gibt.

Gegen die Einflussversuche der extremen Rechten ist die Friedensbewegung weitgehend resilient. Ein gewisses Problem stellt der Missbrauch der Friedensfrage durch die Rechte dar. Das Ziel sollte deshalb sein, Menschen, die sich für Frieden einsetzen wollen, dem rechten Einfluss zu entziehen und sie für die Friedensbewegung zu gewinnen. Wir müssen überzeugen statt ausgrenzen. Es gibt Situationen, wo Abgrenzung nötig ist: keine Zusammenarbeit mit extrem rechten Organisationen, Politikern und Ideologen; keine rechtsextremen Zeichen, Symbole und Parolen auf Friedensveranstaltungen. Dabei ist im Einzelfall das eigene Urteil maßgeblich. Die Broschüre ist dafür keine Hilfe.

Viele der genannten Formulierungen lassen vermuten, dass die Broschüre auf eine Spaltung der Friedensbewegung abzielt. Am stärksten drängt sich der Verdacht auf, wenn im Kapitel „Handlungsempfehlungen“ auf Seite 25 die sogenannte „Antimilitaristische Aktion Berlin“ (amab) als Positivbeispiel für eine „Thematisierung problematischer Inhalte“ dient – eine kleine Gruppierung,

die den Landesvorstand der DFG-VK Berlin-Brandenburg gekapert hat, DFG-VK-Mitglieder mit anderen Ansichten als „Schwurbel“, „alter weißer Mann“ und „Verschwörungsknallis“ beschimpft und wegen ihrer lautstarken Störung des DFG-VK-Bundeskongresses 2024 bei der großen Mehrheit der Delegierten auf Ablehnung stieß. Ein Blick auf die im Text empfohlene Website macht das mehr als deutlich (unter anderem werden Mehrheitspositionen auf dem DFG-VK-Bundeskongress mit ehrabschneidenden Formulierungen abgekanzelt): <https://amab.blackblogs.org>

Die amab steht für einseitige Kritik an nationalistischem Militarismus und gleichzeitige Blindheit gegenüber militärischem Gebaren der USA und der NATO. Die derzeitige Militarisierung in Deutschland und Europa steht aber im Kontext der NATO-Politik. Die meisten Angriffskriege der vergangenen 25 Jahre wurden von den USA geführt, die seit einiger Zeit eine erschreckende Strategie gegen ihren wirtschaftlichen Konkurrenten China eingeschlagen haben. Eine Friedensbewegung, wie sie die Broschüre befürwortet, würde fast nur den russischen Angriff auf die Ukraine und eventuell noch deutschnationalen Militarismus kritisieren, die Aufrüstung und Kriegsführung der NATO aber weitgehend ignorieren. Eine solche Friedensbewegung können sich die Vertreter des derzeitigen Militarisierungskurses nur wünschen. Eine solche Friedensbewegung könnte der wachsenden Kriegsgefahr nicht entgegentreten.

Trotz der Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung müssen gemeinsame Aktionen möglich sein – natürlich unter Ausschluss rassistischer und antidemokratischer Positionen. Wir können einem Umbau unserer Gesellschaft zur „Kriegstüchtigkeit“, einer unendlichen Verlängerung des Kriegs in der Ukraine und der aggressiven US-Strategie gegen China nur entgegentreten, wenn sich viel mehr Menschen an Aktionen beteiligen – auch und vor allem diejenigen, die sich (bisher) nicht der Friedensbewegung zurechnen. Es geht u. a. darum, wie die Friedensbewegung alle diejenigen ansprechen kann, die sich aus berechtigter Angst vor einer Eskalation des Krieges und aus Mitgefühl angesichts der Todesopfer, Verletzten, Zerstörungen sowie der Sekundärfolgen wie Hunger, Wirtschaftskrisen, Sozialabbau und Umweltschäden für eine Beendigung der Kriege und der Aufrüstung einsetzen wollen.

Zur Beantwortung dieser Fragen trägt die Broschüre nichts bei. Sie schlägt stattdessen einen abwertend-ausgrenzenden Ton an. Würden die Ratschläge ernst genommen, so bliebe von der Friedensbewegung nur ein kleines Grüppchen übrig, das hauptsächlich darauf achtet, was es alles nicht will. Hier wird eine Abgrenzung von den allermeisten Akteuren der Friedensbewegung nicht nur befürwortet, sondern geradezu kategorisch verlangt. Einen solchen selbsterstörerischen Umgang miteinander lehnen wir ab. Wir wünschen uns, dass die DFG-VK die Broschüre von ihrer Homepage nimmt, ihren Verkauf über den DFG-VK-Shop einstellt und sich von den Inhalten distanziert.

Die Autoren Silke Dumno, Jan Menning und Jörg Rode sind Mitglieder der DFG-VK.